



UNSER KREIS VON MORGEN

Mitmachen und anpacken für den Rhein-Lahn-Kreis

SPD-Kreisverband Rhein-Lahn
Vorsitzender Mike Weiland
Regionalgeschäftsstelle
Hohenzollernstraße 59
56068 Koblenz
Mail: m.weiland@spd-rhein-lahn.de

Koblenz/Eschbach, 26. September 2015

Resolution des SPD-Kreisverbandes Rhein-Lahn

Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels rasch umsetzen

Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Not oder politischer Verfolgung wie zurzeit. Viele davon wollen nach Europa und es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich an dieser Situation mittelfristig etwas ändern wird. Das stellt unser Land vor große Herausforderungen, aber wir Europäer/-innen sind es uns selbst schuldig aus unserer – von Krieg und Vertreibung geprägten – Geschichte zu lernen und denjenigen zu helfen, die heute unsere Hilfe brauchen.

Die bisherige Politik in Deutschland und der Europäischen Union entsprach nicht unserem eigenen Anspruch an eine tragfähige und menschliche Flüchtlingspolitik. Für uns ist und bleibt klar: Das Grundrecht auf Asyl gilt! Jeder Mensch, der auf deutschem Boden Asyl beantragt, darf bis zur Entscheidung über seinen Antrag bei uns bleiben.

Fakt ist derzeit aber leider auch, dass die Aufnahmefähigkeit der Länder und Kommunen vor großen Herausforderungen steht.

Wir müssen wieder zu geordneten Verfahren zurückkommen und die Flüchtlingsbewältigung neu strukturieren. Grenzkontrollen dürfen dabei aber nur eine Notlösung sein; die Freizügigkeit in der Europäischen Union ist eine Errungenschaft von unschätzbarem Wert, die wir unbedingt bewahren müssen.

Die unzähligen ehrenamtlichen Helfer/-innen sowie Mitarbeiter/-innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, wie bei uns in Diez, aber auch in allen Kommunen in unserem Rhein-Lahn-Kreis, in den Kirchengemeinden und den zahlreichen Vereinen sowie in den Landesregierungen leisten eine hervorragende Arbeit – rund um die Uhr. Die Bundesländer sind in Abstimmung mit den kommunalen Ebenen jeden Tag gefordert, neue Gebäude, neue große Gelände mit Betten, Duschen und Toiletten zu bestücken. Das ist ein tagtäglicher Kampf.

Wir sind stolz darauf, was unzählige Rheinland-Pfälzer/-innen, darunter viele Menschen aus dem Rhein-Lahn-Kreis und auch aus unserer SPD, in diesen Tagen leisten. Sie packen an und engagieren sich in Städten und Gemeinden sowie Initiativen für die Flüchtlinge.

Bürgermeister/-innen suchen nach immer neuen und flexiblen Lösungen, um die zu uns kommenden Menschen zu versorgen und unterzubringen. Dafür danken wir ganz herzlich. Diese Solidarität wird langfristig aber nur Bestand haben, wenn alle sehen, dass es in Deutschland und Europa gerecht zugeht. An vielen Stellen besteht dort jedoch akuter Handlungsbedarf.

Daher begrüßen wir ausdrücklich auch den täglichen Einsatz der rheinland-pfälzischen Landesregierung und allen vorweg unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die schon lange einen entscheidenden Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern gefordert hatte. Vor dem Hintergrund des nun am Donnerstag, 24. September 2015, endlich stattgefundenen Flüchtlingsgipfels, bei dem sich die SPD und unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit ihren zentralen Forderungen gegenüber dem Bund durchsetzen konnte, müssen folgende Punkte nun schnellstmöglich angegangen werden:

- Die Ankündigung der Bundesregierung, das Bundesamt für Migration unter der Führung von Bundesinnenminister de Maizière, das in den letzten Jahren bei der Bearbeitung der Asylanträge versagt hat, um 3.000 Stellen aufzustocken, um neue Asyl-Entscheider/-innen einzustellen, muss zügig umgesetzt werden, denn wir brauchen schnelle Entscheidungen, gerade für diejenigen, die keine Perspektive auf Bleiberecht bei uns haben. Sie müssen schnell wieder zurückgeführt werden, damit wir den Schutzbedürftigen helfen können. Das Ziel, Asylverfahren künftig spätestens nach fünf Monaten abzuschließen, muss schnellstmöglich erreicht werden.
- Die SPD Rhein-Lahn begrüßt die Einigung, dass der Bund künftig 670 Euro monatlich für jeden Flüchtling als Pauschale übernimmt, um so den Ländern endlich mehr Planungssicherheit zu geben.
- Die SPD Rhein-Lahn begrüßt, dass die neu ankommenden Menschen künftig zunächst in eigenen Einrichtungen des Bundes untergebracht werden und anschließend zentral die Verteilung auf die einzelnen Bundesländer organisiert wird.
- Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist, dass ausreichend bezahlbarer Wohnungsraum für alle Menschen vorhanden ist. Darüber hinaus muss ein schneller Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit ermöglicht werden. Die SPD Rhein-Lahn begrüßt, dass der Bund sich dazu durchgerungen hat, im kommenden Jahr für die Unterbringung und Versorgung der Menschen insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro zu finanzieren, in denen auch 350 Millionen Euro für unbegleitete Minderjährige, die nach Deutschland kommen, enthalten sind.
- Ein erfolgreiches Verhandlungsergebnis des Gipfels ist auch, dass Anreize für eine verstärkte Bautätigkeit geschaffen werden sollen - beispielsweise durch steuerliche Förderung -, um damit mehr bezahlbaren Wohnraum zusätzlich zur Verfügung stellen zu können. Hierfür hat der Bund nun endlich 500 Millionen Euro für die kommenden Jahre angekündigt und wird außerdem schnell und verbilligt seine eigenen Immobilien und Liegenschaften zur Verfügung stellen. Dies kommt allen Menschen in Deutschland zugute!

- Die SPD Rhein-Lahn begrüßt, dass Integrationsleistungen, wie beispielsweise Sprachkurse, deutlich verbessert und psychologische Betreuung für traumatisierte Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten ausgeweitet werden sollen.
- Schließlich braucht Deutschland auch ein Einwanderungsgesetz für eine gesteuerte und kluge Einwanderungspolitik, die legale Arbeitsaufenthalte ermöglicht und vor allem für Menschen aus den Balkanländern Perspektiven außerhalb des Asylrechts schafft. Die angekündigte Erleichterung zur Arbeitsaufnahme und die Möglichkeit für Flüchtlinge, schnell eigenes Geld verdienen zu können, muss rasch umgesetzt werden.

Ein starkes und solidarisches Europa steht für uns nicht zur Diskussion

- Deutschland allein wird die aktuelle Flüchtlingssituation nicht bewältigen können. Die Bundesregierung muss deshalb die Initiative ergreifen und eine Einigung der europäischen Mitgliedsstaaten herbeiführen. Europa ist eine Gemeinschaft, mit gemeinsamen Werten und mit gemeinsamen Pflichten, in der alle ihren Beitrag leisten müssen. Eine Mentalität, nach der EU-Länder zum Beispiel Agrarsubventionen annehmen, aber nicht bereit sind, Lasten fair zu verteilen, darf es nicht geben.
- Die Europäische Union muss eine Soforthilfe für besonders belastete Mitgliedsstaaten auflegen und die Verteilung der Flüchtlinge managen.
- Und wir brauchen „Hotspots“ an den EU-Außengrenzen, um dort Asylsuchende schnell und umfassend registrieren zu können. Dafür muss die Bundeskanzlerin sorgen, sonst wird die Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht gelingen.

Unser Fokus muss zudem stärker auf die Situation in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge gerichtet werden. Kein Mensch flieht freiwillig aus seiner Heimat. Deshalb müssen wir die Fluchtursachen bekämpfen und dafür Sorge tragen, die Lage dort zu stabilisieren, damit nicht noch mehr Menschen gezwungen sind, die tödliche Route über das Mittelmeer einzuschlagen. Hierzu gehört auch, der Türkei und den anderen Nachbarländern der Krisenregion deutlich mehr Unterstützung zukommen zu lassen, um die Flüchtlinge direkt in der Region besser versorgen zu können. Hier sind auch die USA und die arabischen Golfstaaten gefordert.